

# Die Geburt von „Betrifft JUSTIZ“

– Ein Erlebnisbericht –

von Klaus Beer

## Das Finden einer gemeinsam erhobenen autonomen Stimme

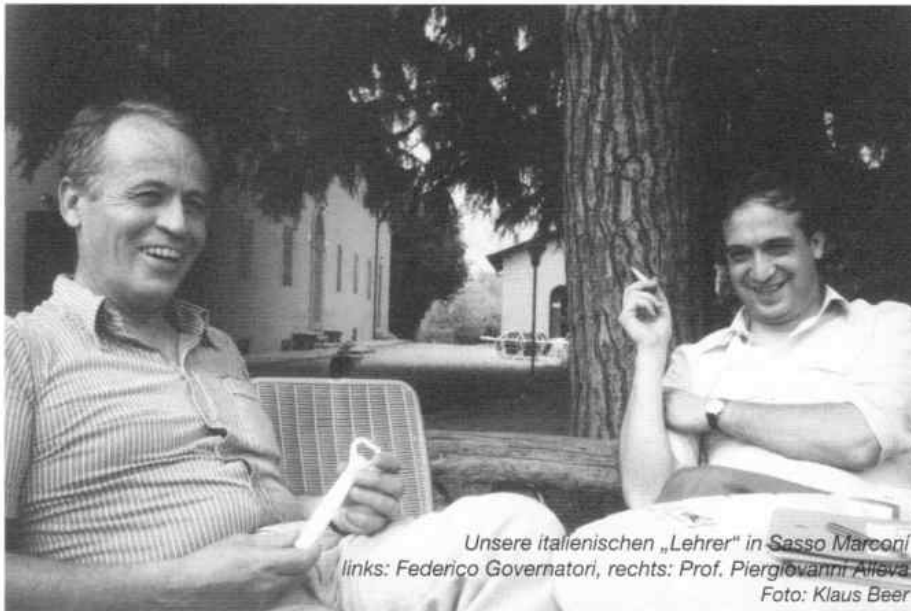
war für die jüngeren, kritisch denkenden Richter und Staatsanwälte am Anfang der achtziger Jahre fällig, und zwar dringend! Ich gehe sofort ins „wir“ über, weil ich – obzwar im Lebensalter voraus, kein 68er, eher ein 58er – dazugehörte. Den Leidensdruck durch das hierarchische (Un-)wesen der Justiz wollten wir nicht mehr herunter-schlucken. Zuerst zu Dutzenden (in Heiligkreuzsteinach) und bald zu Hunderten (an wechselnden Orten) trafen wir uns aus allen Himmelsrichtungen kommend auf unseren „Richterratschlägen“.

Wir berieten uns über die skandalöse „Nürnberger Massenverhaftung“ von Jugendhausbesuchern; über die Versuche der Dienstvorgesetzten, uns von unserer Teilnahme als Richter an der Friedensbewegung abzuhalten; und natürlich über die politisch angehauchten Prozesse, die zu unserer eigenen Arbeit gehörten: Hausbesetzungen, Blockaden, Stromboykotte...

Das Ziel war mit den Ratschlägen bereits angepackt: Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik mit Ansichten so etwa „links von der Mitte“ müssen einander kennenlernen. Dann können sie ihr Selbstverständnis vom Leben im Beruf und in der Gesellschaft ge-

meinsam klären, die praktischen Folgerungen daraus ziehen und einander gegen Anfeindungen beistehen. Wir kehrten von unseren Treffen mit erhobenen Häuptern, mit wachsendem Selbstbewusstsein zurück.

## Frankreich und Italien waren unsere Vorbilder. Überhaupt Italien!



Unsere italienischen „Lehrer“ in Sasso Marconi  
links: Federico Governatori, rechts: Prof. Piergianni Allieva  
Foto: Klaus Beer

Wir fuhren nach Paris zu den Jahreskonferenzen der französischen Richter-gewerkschaft „Syndicat de la Magistrature“ im Justizpalast neben der Sainte Chapelle. Und als Stuttgarter ÖTV-Richtergruppe fuhren wir im Mai 1982 in das Gewerkschaftsheim in Sasso Marconi bei Bologna und ließen uns von italienischen Kollegen den Aufstieg der italienischen Justiz in den vorausgegangenen zwei Jahrzehnten erzählen. Drei Tage lang hörten wir, unter den blauen Himmel gelagert, was Federico Governatori, Giovanni Palombarini und Giancarlo Scarpini uns über diese Veränderungen in Italien offenbarten. Die drei gehörten zur Richtervereinigung „Magistratura Democratica“. Und über die italienische

Gewerkschaftsbewegung sprach Annibale Pajani zu uns. Alles auf Italienisch, übersetzt von Christoph Strecker, protokolliert von mir. Wenn ich heute diese Aufschriften anschau, kehrt ein Hochgefühl zu mir zurück! Es war für uns tatsächlich eine Offenbarung: wir hörten von der richterlichen Unabhängigkeit mit wenig Hierarchie, von der realen Gewaltenteilung und der richterlichen Selbst-

verwaltung und von dem Einfluss der Richter auf die sozialen Abläufe in Italien. Dazu gehörte auch, dass die italienischen Kollegen eigene Zeitschriften schrieben und lasen: „Quale Giustizia“, später „Questione Giustizia“. Zeitschriften nicht als Produkte für einen Lesermarkt, sondern als eigene Medien, durch welche sie sich als eine auch gemeinsam schreibende und lesende

Gruppierung zusammenfanden.

Nun lag es auf der Hand, was für uns der nächste Schritt sein musste. Nämlich ein ständiger schriftlicher Informations- und Meinungsaustausch zur Verstärkung unserer Treffen. Es musste eine die Ratschläge begleitende Zeitschrift her! Dies schlug Christoph Strecker im November 1982 dem fünften Richterrat-schlag (in Hannoversch Münden, der „Die ökonomische Krise vor Gericht“ zum Thema hatte) vor. Es dauerte noch ein Weilchen, bis die Idee sich verbreitete – die Mobilisierung kritischer Richter als handelnder Gruppe war in Deutschland erst noch im Anlaufen, verglichen mit derjenigen in Frankreich und Italien.

Doch der siebte Ratschlag in Bad Bevensen (über „Widerstand und zivilen Ungehorsam“) im Januar 1984 setzte dann eine Projektgruppe „Autonome Stimme“ ein. Sie sollte feststellen, ob eine an die Ratschläge angelehnte Zeitschrift realisierbar sein könnte.

**Die Projektgruppe „Autonome Stimme“**

machte sich sofort ans Werk der Vorbereitung der Zeitschrift. Wir tagten mehrmals. Auf dem Foto von einer sommerlichen Sitzung im Garten von Hermann Möller in Seeheim-Jugenheim (S. 370) erkennen die älteren Kolleginnen und Kollegen, wer damals von nah und fern gekommen war. Die nicht inzwischen Hinausgealterten treffen wir noch heute auf den Richterratschlägen oder bei den Konferenzen der Neuen Richtervereinigung oder von Verdi-Richtern. Alles wurde untersucht: Wer soll schreiben? Wer soll es drucken und bezahlen? Mit wievielen Lesern können wir rechnen? Wer soll redigieren? Welche Rechtsform soll die Redaktion haben? Wie regeln wir das Verhältnis der Zeitschrift zu den Richterratschlägen? usw.

**„Der Richterratschlag ist reif zur Geburt seiner Zeitschrift!“**

Das schrieben wir in den mit 197 DM Portokosten versandten Bericht „Autonome Stimme“ für den achten Ratschlag im September 1984 in Rummelsburg bei Nürnberg: „Die Aufgaben unserer Zeitschrift reichen über die Dokumentation der Ratschläge hinaus. Mit ihr schaffen wir uns ein Instrument, mit dessen Hilfe wir unsere Stimme deutlicher, kräftiger als bisher erheben können... Es ist ein gemeinsamer, auf Dauer angelegter politischer Akt, wenn wir auf dem achten Ratschlag die materielle Grundlage dafür aus dem Boden stampfen. Die Stimme kann uns und den Ratschlag festigen, uns weitere Ausstrahlung geben und auch in der Justiz wirken!“

„Wenn jeder von euch hundert Mark hinlegt, ist der erste Jahrgang mit vier Nummern gesichert, und eine Redaktion kann ans Werk gehen!“ rief ich in Rummelsburg aus. Dies war kaum gesagt, da schrie jemand in den Saal: „Feuer!“ Alle

stürzten hinaus, aber es brannte gar nicht. Doch im Gefühl der Erleichterung verstummten die Skeptiker und Bedenkenträger auf einmal und die Zeitschrift wurde rasch beschlossen. „Der Richterratschlag“, wurde am nächsten Vormittag gemeinsam formuliert, „unterstützt die Bereitschaft einiger seiner Teilnehmer, eine eigene Zeitschrift herauszugeben.“

Die Geldsammlung als Probe der Bereitschaft aller zum Mithandeln begann noch am Abend nach der Feuer-Entwar-

nung, und am nächsten Morgen zählten wir 14.870 DM und darüber hinaus weitere Zusagen, so dass 18.570 DM zur Verfügung waren. Es konnte losgehen. Am lebhaftesten war die Diskussion über den Namen der neuen Zeitschrift. Der Titel „Autonome Stimme“ galt als zu sehr religiös getönt. Wie wäre es mit „Recht und Schlecht“?, „Rechtswege“?, „Fug und Recht“? oder gar „Der Nachrichtenler“? Schließlich sollte die Redaktion entscheiden, und diese sollte sich aus der Projektgruppe heraus bilden. Das tat sie auch, übrigens als BGB-Ge-

Projekt "Eine autonome Stimme"

dem 7. Richterratschlag vorgelegt von Klaus Beer u. Christoph Strecker.

Die ein- oder mehreren tausend kritisch eingestellten Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik brauchen eine eigene, für jeden von ihnen als Mitarbeiter offene Zeitschrift. Sie müssen eine solche Stimme in der Justiz- und in der politischen Öffentlichkeit haben. Dieses Organ muß völlig autonom sein und von Richtern redigiert werden.

Unsere Diskussionen in den verschiedenen Städten und Bundesländern sind noch zu isoliert voneinander. Unsere Arbeit auf den Ratschlägen, aber auch in der ÖTV, bedarf der Ergänzung durch eine solche Zeitschrift, die das Besprochene vertieft und an die Öffentlichkeit trägt und die Diskussionen weiter vorantreibt.

*Aufgaben:*

Eine Richterzeitung muß es sein, aus unserer Sicht gestaltet, auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet, für unsere Art zu denken und zu schreiben offen - damit wir alle beginnen können, unsere Gedanken zu Papier und in unsere Richteröffentlichkeit zu bringen.

Inhalte: Justizpolitik, Innerjustizielles, Theorie im Rahmen der Bedürfnisse im Umkreis von Ratschlag und ÖTV, alles was uns über den täglichen Kleinkram hinaus bewegt; Blick auch über die Grenzen. Offizielles; Namensartikel, Meinungen, Kommentare, Leserbriefe; Buchbesprechungen; usw.

Adressaten: Wir, der Ratschlag, die Gewerkschaften und politischen Ansprechpartner, die Justiz, die interessierte Öffentlichkeit.

Herausgeber, Redaktion: Richter und Staatsanwälte (ohne Bindung an Organisationszugehörigkeit), Einsetzung vielleicht durch die auf dem Richterratschlag erscheinenden Subskribenten/Abonnenten.

Die vorhandenen Zeitschriften erfüllen den Zweck nicht:

- Kritische Justiz ist in der Themenwahl und Art der Darstellung auf hochschulbedürfnisse abgestellt. In der Redaktion keine Richter, auch schreiben dort wenig Richter.
- Demokratie und Recht: ähnlich.
- Recht und Politik ist das Organ der ASJ, also partei-angelehnt. Abgestellt auf Verlautbarungs-Bedürfnisse; Schwerpunkte neben der Justiz: Verwaltung. Keine Richter in der Redaktion, wenig Richter-Aufsätze.
- ÖTV-Infos: Nicht geeignet für Theorie und Grundsatzdiskussion. Erscheinen zu selten. Verteiler wechselnd und unzuverlässig, teils nur an Mitglieder; es fehlt also das Moment der "Öffentlichkeit" und Zitierbarkeit. Probleme der Autonomie.

*entscheidende Frage, ob Verankerung in ÖTV möglich.*

Vorschlag für einen Weg zum Ziel:

Projektgruppe wird vom 7. Ratschlag eingesetzt. Sie soll das Bedürfnis genauer beschreiben, die Planung aufnehmen, sich über Fragen des Brucks, der Kosten usw. sachkundig machen, eventuell auch verschiedene Möglichkeiten einander gegenüberstellen (dazu kann auch die Änderung vorhandener Zeitschriften oder die äußerliche Anlehnung an Organe und Organisationen u.U. geprüft werden).

Bericht der Projektgruppe an den 8. Ratschlag.

Der 8. Ratschlag diskutiert und beschließt das weitere.

sellschaft. Es waren außer meiner Wenigkeit Eberhard Carl, Christa Herrmann, Hermann Möller und Christoph Strecker. **Im April 1985 war Heft 1 von „Betrifft JUSTIZ“ da!**

Im Mai 1985 auf dem neunten Ratschlag in Schömburg im Schwarzwald („Politische Prozesse und das Politische im Prozess“) verteilten wir die Nummer 1 von „Betrifft JUSTIZ“. Die ersten Zeilen lauteten so:

*Was betrifft die Justiz?  
Was sie bewirkt  
Was sie nicht kann  
Was andere über die Justiz denken  
Was andere von ihr erwarten  
Was andere mit der Justiz erleben  
Was wir über die Justiz denken  
Was wir wollen  
Was wir in der Justiz erleben  
Was die Justiz angeht  
Was uns angehen sollte  
Was uns betroffen macht.*

Und dann kam der Leitartikel von Udo Hochschild, dem Amtsrichter in Tübingen: „Hierarchie und Karriere – Die institutionalisierte Abhängigkeit des Richters“. Und von Fritz Endemann Zeilen über den „8. Mai 1945“ als Tag der Be-

freiung. Und „Zwangssterilisierung in der Bundesrepublik“, die Aufdeckung eines empörenden Missstandes durch Ulrike Mahnkopf. Und vielerlei Beiträge über den Komplex „Justiz und Friedensbewegung“ und natürlich Ratschlagsberichte.

Abgeschüttelte Hemmnisse, überschrittene Grenzen. Der Ort von „Betrifft JUSTIZ“.

Eine juristische Fachzeitschrift war nicht unsere Sache, sondern ein Diskussionsforum, wie es „Betrifft JUSTIZ“ ja auch wurde. Auf keinen Fall sollten die Hefte langweilig sein! Auflockernde Beiträge, Artikel auch von Nichtjuristen mussten in die Hefte – wir nannten dies das „laterale Prinzip“ der Redaktionsarbeit. Und natürlich Karikaturen!

„Betrifft JUSTIZ“ war nie die Zeitschrift einer Organisation, von einer Zentrale beaufsichtigt und nur für Mitglieder gedacht und anonym geschrieben wie damals die ÖTV-Organen. An deren Grenzen scheiterte von vornherein jede Zu-

sammenarbeit und Anlehnung unseres Vorhabens einer autonomen Stimme. Es scheiterte auch eine Kooperation mit der sich akademisch gebenden „Kritischen Justiz“, weil deren Redaktion nicht auf Einfluss auf das von uns Richtern Geschriebene verzichten wollte. Die Nähe zu den Parteien, welche den hierarchischen Betrieb der Justiz förderten und ausnutzten, schied selbst-

verständlich ebenfalls aus. Die Ratschläge allein und die Richter/innen und Staatsanwälte/innen, die wir für sie noch zu gewinnen hofften, waren unsere einzige Bezugsgruppe.

Wir stießen in den freien gesellschaftlichen Bereich der Reformbemühungen in der Bundesrepublik vor. Damals verstand man unter „Reformen“ noch menschenfreundliche, vorwärtsgerichtete Reformbemühungen. Wir wussten: Solange solches läuft oder angestrebt wird, ist unser Ort, der Ort auch von „Betrifft JUSTIZ“, einigermaßen klar erkennbar. Natürlich wird in jedem Jahrzehnt neu umkämpft und entschieden, ob es einen solchen Ort (noch) gibt, wo er liegt und wie man ihn sucht – bis hin zur Frage: was wäre mit uns, wenn alles um uns herum zurückmarschieren sollte?

#### Der Autor:

*Klaus Beer ist  
Richter a. D. und  
lebt in Leonberg*



*Die Projektgruppe im Garten von Hermann Möller (von links im Uhrzeigersinn: Klaus Beer, Hannelore Kohl, Hartmut Bäumer, Christoph Strecker, Eberhard Carl, Hans-Ernst Böttcher, Horstpeter Kreppel, Hermann Möller)*

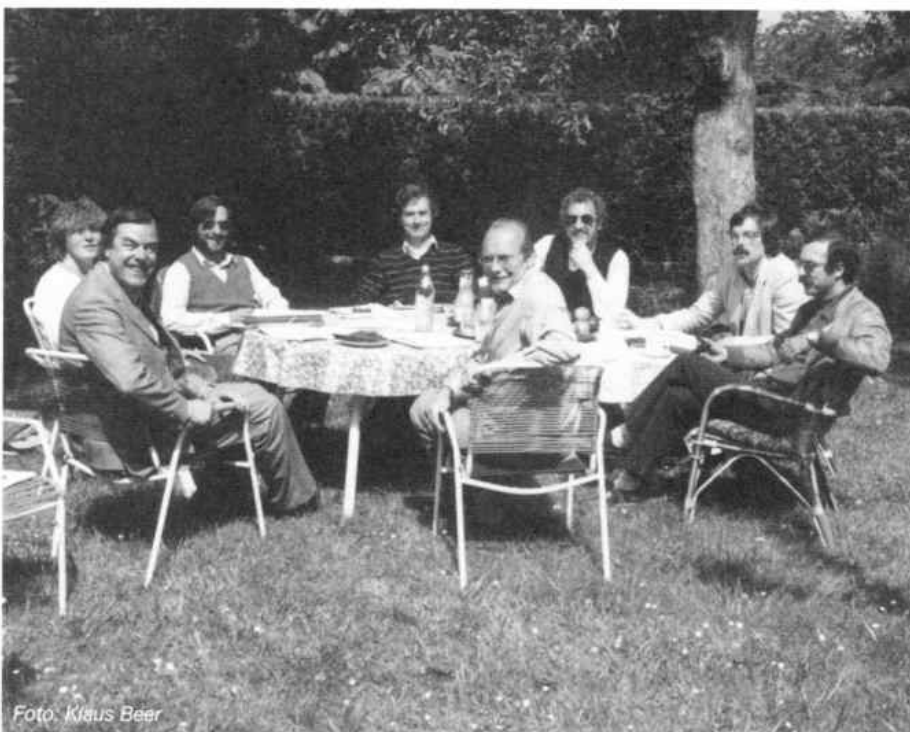


Foto: Klaus Beer